

UWE BRÜCKMANN
LANDESDIREKTOR

Eingang - L/2	
22. JULI 2008	AL
	Sachbearbeiter/In

LANDESWOHLFAHRTSVERBAND
HESSEN

14. Juli 2008

Herrn Landrat
Alfred Jakoubek
Landkreis Darmstadt-Dieburg
Jägertorstraße 207
64289 Darmstadt

18. JUNI 2008
L/2

Eckwerte 2009

Sehr geehrter Herr Landrat Jakoubek,

am 18. Juni 2008 hat die Verbandsversammlung des LWV Hessen die Eckwerte 2009 verabschiedet, die im Vergleich zum Haushalt 2008 unter anderem eine Erhöhung des Bedarfs an Verbandsumlage um 92,58 Mio. € auf 980,86 Mio. € vorsehen. Hierzu möchte ich Ihnen gern einige Informationen an die Hand geben.

Zur allgemeinen Situation:

Das Gesamtvolumen des Verwaltungshaushaltes 2009 liegt danach bei rd. 1.411,77 Mio. €. Gegenüber dem Haushalt 2008 bedeutet dies ein Mehrbedarf von rd. 12,52 Mio. €, was einer Erhöhung von 0,89 % entspricht.

Im Bereich der überörtlichen Sozialhilfe, die mit rd. 1.130,31 Mio. € über 80 % des Gesamthaushaltes des LWV Hessen abbildet, ist von weiter steigenden Fallzahlen (+ 1.414 geg. dem Budget 2008) auszugehen, die u. a. zu einer Erhöhung der Nettokosten in der Sozialhilfe von rd. 27,2 Mio. € führen. Weiter steigende Fallzahlen stellen einen bundesweiten Trend dar und sind damit keine hessenspezifische Entwicklung.

Aufgrund des Tarifabschlusses im öffentlichen Dienst mussten die Personalkosten um rd. 2,67 Mio. € angehoben werden, dafür konnten die Sachausgaben weiter reduziert werden.

Dass die Steigerung im Verwaltungshaushalt gegenüber 2008 insgesamt dennoch nur bei 12,52 Mio. € liegt, ist darauf zurückzuführen, dass in anderen Bereichen (z.B. der Kriegsopferfürsorge und dem Integrationsamt) die Kosten rückläufig sind.

Ich möchte darauf aufmerksam machen, dass

- die Eckwerte auf Basis der KAMERALISTIK erstellt wurden und deshalb doppelte Besonderheiten, wie z. B. Rückstellungen für Pensionslasten und Abschreibungen, nicht enthalten.
- Grundlage der Berechnung der Zuweisungen nach § 20 Finanzausgleichsgesetz (FAG) und der Verbandsumlagegrundlagen die Orientierungsdaten für die mittelfristige Finanzplanung 2007 bis 2011 vom 16. Juli 2007 sind.

Zur Verbandsumlage:

Die Verbandsumlage steigt um 92,58 Mio. € auf nunmehr insgesamt 980,86 Mio. €.

Nachdem die Verbandsumlage seit 2005 trotz steigender Kosten in der Sozialhilfe über 4 Jahre annähernd konstant bei rd. 888 Mio. € gehalten werden konnte, stehen in 2009 nunmehr keine Reserven bzw. zusätzlichen Einnahmen mehr zur Verfügung und die Verbandsumlage muss, der Kostenentwicklung der letzten Jahre entsprechend, angepasst werden.

Zum Vergleich: Die Kosten der überörtlichen Sozialhilfe sind im gleichen Zeitraum 2005 bis 2009 um rd. 128,4 Mio. € gestiegen.

Finanzpolitische Zielsetzung des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen in den letzten Jahren war und ist es, eine Kontinuität in der Finanzierung zu erreichen, Überschüsse unverzüglich an seine Träger, die Landkreise und kreisfreien Städte, weiterzugeben und somit deren finanzielle Belastungen zu minimieren. Sprunghafte Finanzentwicklungen sollten weitestgehend vermieden werden. Dementsprechend wurden vorhandene Rücklagen sukzessive aufgelöst und zur Reduzierung der Verbandsumlage in den jeweiligen Haushaltsjahren eingesetzt. Aufgrund verschiedenster Sachverhalte, die nachfolgend noch beispielhaft erläutert werden, konnten in den letzten Jahren teilweise erhebliche Ergebnisverbesserungen erzielt werden, die dazu geführt haben, dass die jeweils geplanten Rücklagenentnahmen entbehrlich bzw. nicht in vollem Umfang notwendig wurde und die Mittel somit für das darauf folgende Haushaltsjahr wieder zur Verfügung standen.

Neben dem kontinuierlichen Ausbau des betreuten Wohnens als die für den behinderten Menschen bevorzugte und zugleich auch noch kostengünstigere

Lebensform, einer sparsamen und auf das Notwendigste beschränkten Haushaltsführung sowie einer stringenten Personalpolitik (seit 2005 wurden 56,5 Stellen abgebaut), haben insbesondere nachfolgende Sachverhalte maßgeblich zu den Ergebnisverbesserungen der letzten Jahre beigetragen:

- Durch das Ausführungsgesetz zum SGB XII wurden die Zuständigkeiten im Bereich der Krankenhilfe zum 01.01.2005 neu geregelt. Die hieraus resultierenden Minderausgaben liegen bei rd. **21,6 Mio. €**.
- Die Entscheidung des LWV Hessen, für die Bearbeitung rückwirkender Wohngeldansprüche für 2001 bis 2004 aufgrund des 9. Gesetzes zur Änderung des Wohngeldgesetzes vom 14.07.2005 gezielt Personal einzusetzen, hat zu **rd. 21 Mio. €** Mehreinnahmen geführt.
- Im Jahr 2007 konnten aufgrund der vorweggenommenen Spitzabrechnung des kommunalen Finanzausgleiches 2006 durch das Land Hessen noch **rd. 10,9 Mio. €** an Schlüsselzuweisungen und aufgrund der verbesserten Umlagegrundlagen **rd. 30,5 Mio. €** an Verbandsumlage zusätzlich vereinnahmt werden.
- Einmalige Kostenerstattungen des Landes Hessen (für die Externbeschulung) bzw. des Rhein-Main-Jobcenters für die Betreuung in Ausbildungsbetrieben und Veränderungen bei den Hilfen nach § 67 SGB XII (Nichtsesshaftenhilfe) aufgrund der Auswirkungen des SGB II ergaben eine Ergebnisverbesserung von **rd. 9 Mio. €**.

Da sich für das Jahr 2008 zum jetzigen Zeitpunkt keine deutlichen Ergebnisverbesserungen abzeichnen und die Rücklagen aufgebraucht sind, musste im Rahmen der Eckwerte 2009 die eingangs erwähnte Anpassung der Verbandsumlage vorgenommen werden.

Dem Schreiben habe ich als Anlage einige ausgewählte Grafiken beigefügt, die vorstehend beschriebene Sachverhalte nochmals verdeutlichen sollen.

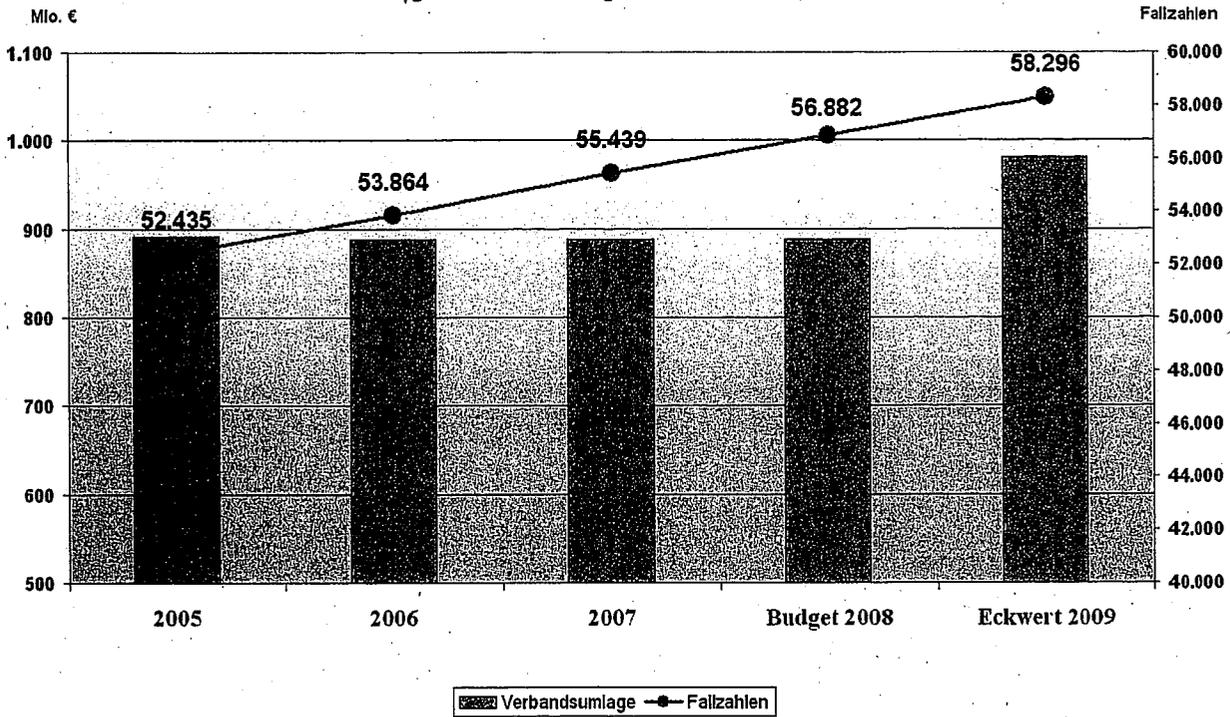
Selbstverständlich werde ich auch bei den zukünftigen Planungen die finanziellen Interessen unserer Träger weiterhin im Auge behalten.

Mit freundlichen Grüßen

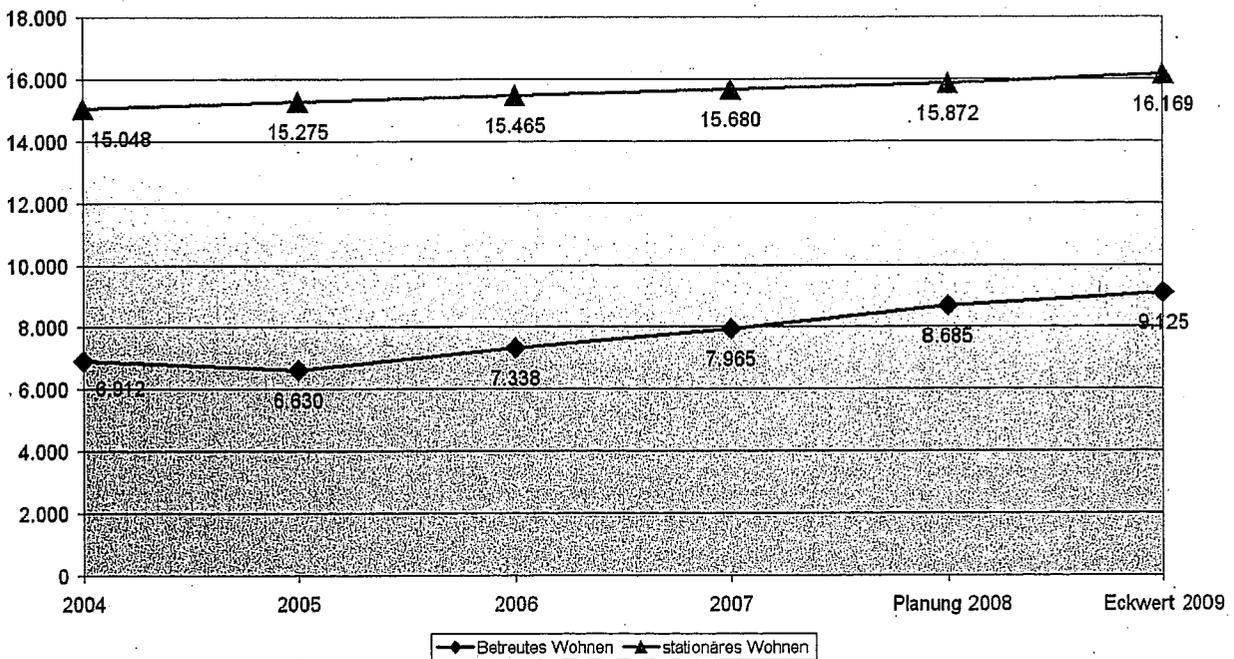


(Uwe Brückmann)

Entwicklung der Verbandsumlage im Verhältnis zu den Fallzahlen



Fallzahlentwicklung ambulant zu stationärem Wohnen



Entwicklung der Stellen der ZV und der Fallzahlen in der Sozialhilfe

